

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

42. Jahrgang / 71

13. April 1987

Wolfgang Roth MdB und Hans Apel MdB zum Frühjahrsgutachten der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute: Aufforderung zum Gegensteuern.

Seite 1

Wolfgang Sieler MdB zum Umgang der Bundeswehr mit den Grundrechten der Ehefrauen von Wehrpflichtigen: Frau Süsmuth, übernehmen Sie!

Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB zu den Plänen Österreichs, Autobahngebühren zu kassieren: Keine Diskriminierung deutscher Autofahrer!

Seite 4

Robert Leidinger MdB zum Umgang mit der Strahlenmolke: Tägliche Lagerkosten von 4.000 DM.

Seite 5

Dokumentation  
Die bayerische SPD hat zur Beteiligung an den Ostermärschen 1987 aufgerufen.  
Wortlaut

Seite 6

### Aufforderung zum Gegensteuern

Zum Frühjahrsgutachten der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute

Von Wolfgang Roth MdB und Hans Apel MdB  
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Das Gutachten muß für die Bundesregierung ein Alarmzeichen zum konjunkturpolitischen Gegensteuern sein. Um die Konjunktur zu stärken, sind jetzt Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen sowie Zukunftsinvestitionen im Umweltbereich erforderlich.

Die Wachstumsprognosen der Institute sind ein Schlag ins Gesicht der Bundesregierung, die mit einer Wachstumsrate von „2,5 Prozent und mehr“ immer noch die Wähler täuscht.

Die von drei Instituten prognostizierte Wachstumsrate halten wir für wenig realistisch, da der dabei unterstellte Anstieg des Exports angesichts des drastischen Dollarkursverfalls ein Hoffnungslauf bleiben dürfte. Die SPD hält die vom Münchener IFO-Institut und vom Berliner DIW vertretene Konjunktüreinschätzung für realistischer. Die SPD fordert den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf, unverzüglich ein Sondergutachten zu erstellen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Im Auftrag der  
Münchener Institut für  
Konjunkturforschung  
Ifo



Die SPD teilt die Auffassung der Institute, daß „für mehr Wachstumsdynamik gesorgt werden muß, damit mehr zusätzliche Arbeitsplätze entstehen“. Weit über zwei Millionen Arbeitslose auch in diesem Jahr beweisen, daß die Bundesregierung im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit versagt hat.

Die von der Bundesregierung geplanten Steuersenkungen, die zu einseitig auf die Bezieher hoher und höchster Einkommen ausgerichtet sind, können die notwendige Stärkung der Inlandsnachfrage nicht bewirken. Erforderlich sind Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen, die zu einer Erhöhung der privaten Nachfrage führen.

Im privaten wie im öffentlichen Bereich muß die Investitionstätigkeit gesteigert und auf einem höheren Niveau stabilisiert werden. Im Bereich des Umweltschutzes, der Energieversorgung, der Infrastruktur und der Stadterneuerung besteht enormer Bedarf an langfristig orientierten Zukunftsinvestitionen. Mit dem Projekt „Arbeit und Umwelt“ hat die SPD aufgezeigt, wie die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit mit ökologischen Zielsetzungen sinnvoll verbunden werden kann.

Wir teilen nachdrücklich die Kritik der Institute an den fehlenden Deckungsvorschlägen für das Steuerpaket 1990. Dies führt zu einer anhaltenden Unsicherheit und damit zu einer Belastung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich ihre Finanzierungspläne offenzulegen. (-/13.4.1987/rs/ks)

\* \* \*

Frau Süssmuth, übernehmen Sie!

Zum Umgang der Bundeswehr mit den Grundrechten der Ehefrauen von Wehrpflichtigen

Von Wolfgang Sieler MdB

Die Bundesregierung sieht offenbar die Grundrechte der Ehefrauen Wehrpflichtiger als zweitrangig an. Obwohl Frauen vom Wehrpflichtgesetz gar nicht betroffen sind, sollen sie ihre berufliche Selbstverwirklichung hinter die Wehrpflicht ihrer Ehemänner zurückstellen.

Diese Interpretation legt ein Verwaltungsvorgang aus der Wehrbereichsverwaltung und dessen politische Rückendeckung durch den Bundesminister der Verteidigung nahe.

Ein junger Wehrpflichtiger aus Amberg hatte gegen die Einberufung zu einer Wehrübung Widerspruch eingelegt, da er neben seiner eigenen Berufstätigkeit einen Großteil der Erziehung seiner beiden minderjährigen Kinder übernommen habe; seine Frau sei nämlich in Wechselschicht als Krankenschwester tätig. Da im Falle seiner Einberufung die Betreuung seiner Kinder nicht mehr gesichert sei, beanspruche er die Härtefallregelung nach Paragraph 12 des Wehrpflichtgesetzes.

Frauenpolitisch interessant ist die Begründung, mit der die Wehrbereichsverwaltung diesen Widerspruch ablehnte: sie ist der Auffassung, es sei „Ihrer Frau als dem Elternteil und als Mutter der Kinder zuzumuten und von ihr zu erwarten, daß sie kurzfristig die gewiß berechtigten finanziellen Interessen der Betreuung und Versorgung der Kinder zeitweilig wieder unterordnet und vorübergehend während Ihrer Wehrdienstverpflichtung ganz die Betreuung wieder übernimmt“. Offenbar kann sich die Bundeswehr nur finanzielle Interessen für die Berufstätigkeit von Frauen vorstellen.

Die Behörde macht aber auch deutlich, daß sie grundsätzlich eine berufliche Selbstverwirklichung der Frau als nachrangig ansieht: „Die Erwerbstätigkeit Ihrer Ehefrau“, so wurde der erziehende Vater beschieden, „steht somit wegen der Ihnen auferlegten Wehrpflicht, die Sie nicht zu vertreten haben, von vornherein unter der Schranke der Familienverträglichkeit“.

Auf kaltem Wege wird hier zusätzlich der Geltungsanspruch des Wehrpflichtgesetzes auf Frauen ausgedehnt. Während der Bundeskanzler öffentlichkeitswirksam eine Frauenministerin (ohne viel Kompetenzen) einsetzt, sieht die Realität der Regierungspolitik im Kleinen, dort wo es die Frauen dann direkt betrifft, ganz anders aus. Auf meine Frage, ob das Verhalten der Wehrbereichsverwaltung mit der Frauen- und Familienpolitik der Bundesregierung in Einklang stünde, teilte mir Staatssekretär Würzbach vom Verteidigungsministerium mit, die Begründung der Bundeswehr trage „dem Umstand Rechnung, daß die Wehrpflicht mit Verfassungsrang ausgestattet ist“. Die Ehegatten müßten ihre familiären Pflichten eben für die Dauer der Wehrpflicht neu verteilen.

Im Klartext: das Selbstverwirklichungsrecht der Frau hat keinen Verfassungsrang, sie ist wieder auf Platz zwei verwiesen.

Frau Süssmuth, übernehmen Sie!

(-/13.4.1987/rs/ks)

**Keine Diskriminierung deutscher Autofahrer!**

**Österreicher wollen Autofahrer schröpfen**

Von Klaus Daubertshäuser MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Gegenüber den Plänen der Regierung in Wien, einen Generalmaut für Autobahnen nach Schweizer Vorbild einzuführen, muß die Bundesregierung Härte zeigen. Sie muß nicht nur Handlungsmöglichkeiten entwickeln, sondern ebenfalls Handlungsbereitschaft wirkungsvoll bekunden. Dies Vorgehen muß sie im Kabinett abklären. Die Kompetenzen von Bundesverkehrsminister Dr. Warnke sind überschritten. Es geht um mehr als Verkehrspolitik. Deshalb ist der Kanzler gefordert. Es ist eine Chef-Sache.

Österreich muß den deutschen Autofahrern kostenfreie Benutzung seiner Autobahnen gestatten. Österreichische Bürger dürfen alle Straßen in der Bundesrepublik befahren, ohne daß sie zur Kasse gebeten werden. Dies muß dann ebenfalls gelten, wenn Bundesbürger in Österreich unterwegs sind. Die österreichische Regierung darf deutsche Autofahrer nicht diskriminieren.

Autobahngebühren in Europa sind ein Anachronismus. Sie gehören abgeschafft. Ziel muß sein, die Kosten aus dem Straßenbau, der Straßenunterhaltung und dem Straßenverkehr über die Mineralölsteuer abzudecken. Deshalb ist die Höhe der Mineralölsteuer in Europa möglichst zu vereinheitlichen. Damit würden alle Autofahrer - Inländer wie Ausländer - entsprechend ihrer Straßennutzung auch zu den Infrastrukturkosten herangezogen.

In einigen europäischen Ländern werden die Autobahnen von privaten Gesellschaften betrieben. Dies erschwert eine schnelle Abschaffung der Autobahngebühren. Deshalb müssen diese Länder, solange sie noch neben der harmonisierten Mineralölsteuer noch besondere Autobahngebühren erheben lassen, diese Gebühren an ausländische Autofahrer zurückerstatten. Ausländische Autofahrer dürfen als Gäste für die Benutzung der Straßen in ihrem Gastland nicht doppelt in Anspruch genommen werden über die Mineralölsteuer und zusätzlich über Autobahngebühren. (-/13.4.1987/rs/ks)

\* \* \*



Lagerung der Strahlenmolke kostet täglich 4.000 Mark

Umweltminister hat Zahlen auf den Tisch gelegt

Von Robert Leidinger MdB

Runde 250.000 Mark haben die Steuerzahler in der Bundesrepublik bisher für den Transport und die Lagerung des verstrahlten Molkepulvers in Bundeswehreinrichtungen aufbringen müssen und täglich kommen 4.000 DM dazu.

Dies geht aus den Antworten des Bundesumweltministeriums auf meine Fragen an die Bundesregierung bezüglich der entstandenen Kosten durch die Übernahme des Molkepulvers hervor.

Zur Frage der Verweildauer der Strahlenmolke in Bundeswehreinrichtungen heißt es in der Antwort des Ministeriums: „Der vorgesehene Zeitrahmen von zwölf Wochen wurde als angemessen zur Prüfung von Erprobung unterschiedlicher Lösungswege für die weitere Behandlung des Molkepulvers angesehen. Die Bundesregierung hat sich inzwischen für die Dekontaminierung des Molkepulvers nach dem Verfahren von Professor Rainer (Hannover) entschieden, nachdem hierzu auch ein Großversuch erfolgreich abgeschlossen wurde.“

Außerdem wird angekündigt, daß in aller nächster Zeit mit der Dekontaminierung des Molkepulvers begonnen werden kann.

Zu den bisher angefallenen Kosten müssen natürlich noch die Kosten für die Behandlung des verstrahlten Molkepulvers und die Beseitigung des radioaktiven Cäsiums hinzugerechnet werden; diese Zahlen werden derzeit noch ermittelt.

Im Interesse der Bevölkerung der betroffenen Gebiete muß darauf gedrungen werden, daß dieses einmalige Drama um die verstrahlte Molke so rasch wie möglich beendet wird. Auch im Interesse der Bundeswehr, die durch diese politische Fehlentscheidung der Einlagerung von 5.000 t verstrahlten Molkepulvers in Bundeswehreinrichtungen wiederum in negative Schlagzeilen geraten ist, sollte jetzt zügig mit der Entsorgung beziehungsweise Vernichtung der Strahlenmolke begonnen werden.

(-/13.4.1987/rs/ks)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**

**Bayerische SPD: Statt Rüstung Überwindung von Hunger und Elend!**

Die bayerische SPD hat ihre Mitglieder zur Beteiligung an den Ostermärschen 1987 aufgerufen. In einem Brief an die Ortsvereine hat der bayerische SPD-Landesvorsitzende Dr. Rudolf Schöfberger die Mitglieder aufgefordert, an den diesjährigen regionalen Ostermärschen teilzunehmen und sich dafür einzusetzen,

- o „daß atomwaffenfreie Korridore und chemiewaffenfreie Zonen errichtet werden;
- o Atomwaffentests weltweit verboten werden;
- o auf weitere Rüstungstechniken zur Raketenabwehr verzichtet wird und Weltraumwaffen verboten werden;
- o offensive Militärdoktrinen aufgegeben werden;
- o die Rüstungsausgaben begrenzt werden, um die freiwerdenden Mittel zur Überwindung von Hunger und Elend vor allem in der Dritten Welt einsetzen zu können;
- o die Bundesrepublik und vor allem Bayern nicht länger zur Waffenschmiede für die ganze Welt gemacht wird, sondern die Arbeitsplätze schrittweise in den zivilen Bereich übergeführt werden.“

„Die Ostermärsche haben in diesem Jahr eine besondere Bedeutung, weil sie zur Zeit der ‚einmaligen‘ Chance stattfinden, die angesichts vertragsreifer Verhandlungen über den Abbau aller atomarer Mittelstreckenraketen aus Europa durch die USA und die Sowjetunion entstanden ist. Machtvolle und friedliche Demonstrationen während der Osterfeiertage werden das vitale Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes am vollständigen Abbau der Pershing II, der Cruise Missiles und der SS 20-Raketen aus Europa sowie den Abzug der weitreichenden Kurzstreckenraketen aus der DDR und der CSSR unterstreichen.

Die Sozialdemokraten begrüßen, daß die Vorschläge des sowjetischen Generalsekretärs eine neue Chance eröffnet haben. Bisher waren die Positionen der UdSSR mit Vorbedingungen verbunden und haben eine Verhandlungslösung blockiert.

Insbesondere müssen die Deutschen und die Europäer ihre Interessen stärker als bisher deutlich machen: Europa ist im Ernstfall Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Deshalb müssen wir Europäer ein elementares Interesse daran haben, daß die auf uns gerichteten Waffen in Ost und West verringert werden. Dazu bietet sich jetzt die Chance.“

(-/13.4.1987/rs/ks)

\* \* \*

